

1
2
3 Beschlussvorlage des Bundesvorstandes der Jungen Union
4 für den Deutschlandtag vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Braunschweig
5

6 **Herausforderung Demographischer Wandel**

7

8 Laut Statistischem Bundesamt lebten Ende 2010 in Deutschland 81,75 Millionen Menschen.
9 Das sind 51.000 Einwohner weniger als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres. Deutschland wie
10 auch Europa und andere führende Industrienationen stehen mitten im demographischen
11 Wandel. Während die Lebenserwartung stetig steigt, sinkt zugleich seit dem Anfang der
12 1970er Jahre die Zahl der neugeborenen Kinder – die Gesellschaft altert und schrumpft.
13 Obwohl die Entwicklung und ihre Komponenten seit langem bekannt und absehbar sind, wird
14 die durch diese Zahlen beschriebene soziokulturelle Evolution erst seit einigen Jahren als
15 eines der großen Probleme Deutschlands und anderer hochentwickelter Staaten diskutiert.
16 Der demographische Wandel erstreckt sich über Generationen und ist seit circa dreißig Jahren
17 im Voraus absehbar.

18 Die Sterblichkeitsrate entwickelt sich bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts drastisch
19 zurück, was erfreulich ist. Laut Statistischem Bundesamt hat die Lebenserwartung in
20 Deutschland - seit der Berechnung der ersten Sterbetafel 1871/1881 - einen historischen
21 Höchststand erreicht. Nach der sogenannten Sterbetafel 2007/2009 liegt diese für
22 neugeborene Jungen bei 77 Jahren und 4 Monaten und für neugeborene Mädchen bei 82
23 Jahren und 6 Monaten. Im Vergleich zu 2006/2008 nahm die Lebenserwartung für
24 neugeborene Jungen um zwei Monate und für Mädchen um einen Monat zu. Für ältere
25 Menschen stieg sie um einen weiteren Monat. Demnach liegt die noch verbleibende
26 Lebenserwartung von 60-jährigen Männern bei weiteren 21 Jahren. 60-jährige Frauen können
27 statistisch gesehen weitere 24 Jahre und 10 Monate älter werden. Zum Vergleich: Im
28 Deutschen Reich betrug den Angaben zufolge die durchschnittliche Lebenserwartung eines
29 neugeborenen Jungen in der Berichtsperiode 1871/1881 nur 35 Jahre und 7 Monate. Bei
30 neugeborenen Mädchen waren es durchschnittlich 38 Jahre und 5 Monate.

31 Parallel dazu und insbesondere seit Mitte der 1950er Jahre ist allerdings auch ein deutlicher
32 Rückgang der Geburtenziffern zu beobachten. 2009 kamen 651.000 Kinder zur Welt – so
33 wenig wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Wie gravierend die Geburtenzahl seit Jahrzehnten
34 sinkt, zeigt der Vergleich mit dem Jahr 1964, als es auf dem Höhepunkt des Babybooms mit

35 1,36 Millionen Neugeborenen mehr als doppelt so viele Kinder gab wie heute. Dieser
36 Rückgang war bisher wenig zu spüren, da zum einen die Lebenserwartung im vergangenen
37 Jahrhundert um 31 Jahre gestiegen ist und zum anderen in Deutschland mittlerweile 12
38 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Doch im Jahr 2030 wird etwa jeder
39 Dritte 60 Jahre alt oder älter, nur noch jeder Sechste unter 20 Jahre alt sein. Zudem sinkt die
40 Anzahl der gebärfähigen Frauen ständig, in den vergangenen vier Jahren um eine halbe
41 Million. Laut der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen
42 Bundesamts wird unser Land im Jahr 2050 zehn Millionen Einwohner weniger haben. Dies
43 unter der Annahme, dass jährlich 200.000 Menschen aus dem Ausland einwandern. Wären es
44 nur 100.000 Einwanderer pro Jahr, wäre Deutschland im Jahr 2050 schon um 16 Millionen
45 Einwohner ärmer, ganz ohne Migration um 30 Millionen. Im Jahr 2100 hätte Deutschland dann
46 eine Bevölkerungsgröße von 24 Millionen – so groß wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts.

47 Der demographische Wandel stellt uns in nahezu allen Politikfeldern und Lebensbereichen vor
48 Herausforderungen, die wir bereits heute annehmen müssen. Dabei gilt es die
49 demographische Entwicklung positiv zu gestalten, statt sie nur zu verwalten. Wir dürfen nicht
50 bei der Beschreibung von Schreckensszenarios, wie entvölkerten Landschaften und einer
51 „Republik der Alten“ stehen bleiben, sondern müssen den Wandel aktiv gestalten. So werden
52 mehr denn je eine kinderfreundliche Gesellschaft und bessere Bildung der Schlüssel für die
53 Zukunft unseres Landes. Insbesondere auch, um dem immer gravierender werdenden
54 Fachkräftemangel entgegen zu treten, der Deutschlands herausgehobene Stellung in der
55 Weltwirtschaft gefährdet. Die stark wachsenden Nationen wie China oder Indien hingegen
56 setzen enorme volkswirtschaftliche Kräfte frei. Aus deutscher Sicht ist eine Verdrängung auf
57 den internationalen Märkten durch mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu befürchten.

58

59 Der demographische Wandel verschärft zudem die Situation der öffentlichen Verschuldung in
60 Deutschland. Die gesamte Verschuldung von Bund, Länder und Kommunen wird auf immer
61 weniger Köpfe verteilt, die einen dementsprechend höheren Beitrag zum Zinsdienst und zur
62 Tilgung leisten müssen. Die staatliche Gesamtverschuldung in Deutschland liegt heute bereits
63 bei 1998,8 Milliarden Euro. Eine weitere Verschärfung geht mit steigenden Ausgaben für
64 Alterssicherung, Gesundheit und Pflege einher, die sich noch nicht in unserer expliziten
65 Staatsverschuldung ausdrücken und auch in der impliziten nur teilweise berücksichtigt
66 werden. Die sozialen Sicherungssysteme werden an den Punkt ihrer maximalen Belastbarkeit
67 kommen.

68 Hinsichtlich der niedrigen Geburtenraten müssen die verschiedenen Finanzierungsmodelle
69 der Sozialversicherungssysteme diskutiert werden. Bei der Renten-, Kranken- und

70 Pflegeversicherung sind bis zum Jahr 2050 Mehrausgaben in Höhe von über 100 Milliarden
71 Euro zu erwarten. Angesichts der demographischen Entwicklung muss die Politik bei ihren
72 Reformentscheidungen viel stärker als bislang die Interessen der kommenden Generationen
73 berücksichtigen.

74

75 Die demographische Entwicklung, die durch eine verlängerte Lebenserwartung einerseits und
76 durch den Rückgang der Geburten andererseits gekennzeichnet ist, hat vor allem
77 Konsequenzen für die Familienpolitik in Deutschland. Gefragt ist eine nachhaltige
78 zukunftsorientierte Familienpolitik, die Anreize setzt und gesellschaftlichen
79 Rahmenbedingungen schafft, „Ja“ zu Kindern zu sagen, Kindern und Jugendlichen die
80 bestmögliche Förderung und Bildung zu ermöglichen, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu
81 steigern, jungen Müttern den Weg zu weiterer Bildung und Ausbildung zu erleichtern und es
82 älteren Menschen zu ermöglichen, ihre Potentiale stärker in Wirtschaft, Arbeitsleben und
83 Gesellschaft einzubringen.

84

85 Auch die deutsche Bildungspolitik wird zukünftig wesentlich durch die bereits heute
86 spürbaren Folgen des demographischen Wandels geprägt sein. Einige Entwicklungen sind
87 bereits heute absehbar.

88 Zum einen ist eine Wanderungsbewegung der Bevölkerung in bestimmte Ballungszentren
89 auszumachen. Während ländliche Regionen und Gebiete, die ursprünglich stark industriell
90 geprägt waren, dünner besiedelt sein werden, werden moderne Großstädte in
91 Ballungsräumen wie Berlin, dem Rheinland (Achse Bonn-Köln-Düsseldorf), dem Großraum
92 Hamburg und München oder dem Rhein-Main-Gebiet mit einem Schwerpunkt des
93 Dienstleistungssektors bzw. moderner Technologien einen Bevölkerungszuwachs verbuchen.
94 Diese Entwicklung wird weitreichende Konsequenzen für die Schul- und Hochschulpolitik nach
95 sich ziehen.

96 Seit Jahren wandelt sich Deutschland stetig von einem Industrie- zu einem
97 Dienstleistungsland. Während jedoch früher sogar davon ausgegangen wurde, Deutschland
98 bräuchte/hätte in Zukunft gar keine Industrie mehr, hat sich mittlerweile längst die
99 Überzeugung durchgesetzt, dass große Industriestandorte für eine erfolgreiche
100 Wirtschaftsnation unabdingbar sind und dieser Sektor daher sukzessive modernisiert werden
101 muss. Qualifizierte Hochschulabsolventen für diesen Sektor – etwa Ingenieure – sind bereits
102 jetzt Mangelware. Zugleich fehlt es im Dienstleistungssektor akut an Pflegekräften – und das
103 schon heute, in einer Situation, in der die Auswirkungen der alternden Gesellschaft erst in
104 ihren Anfängen spürbar sind.

105 Qualifizierte Hochschulabsolventen werden vor allem auch im Bereich der Humanmedizin
106 benötigt. Bereits heute ist ein Mangel an Fachärzten zu verzeichnen und die Nachfrage nach
107 ambulant-fachärztlichen Leistungen wird kontinuierlich ansteigen. Der Sachverständigenrat
108 zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat fest gestellt, dass – trotz des
109 Bevölkerungsrückgangs - allein bis zum Jahr 2030 die Nachfrage nach fachärztlichen
110 Leistungen deutlich ansteigen wird. Der Morbiditätsanstieg ist der treibende Motor hinter
111 dieser Entwicklung. Die Fachärzte werden je nach Fachgebiet einen Anstieg der
112 Leistungsnachfrage bis zu 25 Prozent zu verzeichnen haben. Dabei droht das hohe
113 Durchschnittsalter der Fachärzte große Lücken in die Versorgung zu reißen. Schon jetzt sind
114 3.600 Facharztsitze nicht besetzt. Auf einem Fleck wäre das quasi eine Stadt ohne Ärzte.
115 Die Bedeutung der Stadtpraxis wird steigen. Hier wird der Umsatz gemacht, der es den
116 Stadtpraxen z.B. über Filialpraxen, ermöglicht, die Versorgung auf dem Land zu unterstützen
117 oder gar zu sichern.

118 Weitere Herausforderungen finden sich im Bereich der Integrationspolitik. Es gilt mittlerweile
119 als mehrheitlicher Konsens, dass qualifizierte Einwanderung in engen Grenzen für
120 Deutschland unabdingbar ist, um die Folgen der rapide alternden und schrumpfenden
121 Bevölkerung zumindest zu verlangsamen. Das Ausmaß der nötigen Einwanderung bedarf
122 daher umso mehr einer überlegten und gezielten Einwanderungs- und Integrationspolitik, die
123 sowohl die Vorstellungen der Wirtschaft, vor allem aber auch die gesellschaftlichen
124 Möglichkeiten berücksichtigt. Der Bereich der Schulen und der Bildung wird auch hier eine
125 Schlüsselrolle einnehmen.

126

127 Mit dem Rückgang der Bevölkerungszahl in den nächsten 50 Jahren wird nicht nur ein
128 Schrumpfen des Erwerbspersonenpotentials einhergehen. Auch die geringere Zahl von
129 Konsumenten und die veränderte Konsumentenstruktur könnten sich als Investitions-,
130 Innovations- und Wachstumsbremse erweisen. Die volkswirtschaftliche Konsumquote ist
131 nämlich eine Schlüsselgröße der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn in Zukunft strukturelle
132 Einbrüche beim privaten Konsum eintreten, besteht die Gefahr, dass Ersatz und
133 Neuinvestitionen ausbleiben. Dieses hätte negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum
134 sowie den Produktivitätsfortschritt, da mit Neuinvestitionen in modernere Technologie die
135 Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird. Deutschland wird wie eine Vielzahl anderer Länder
136 weltweit als erstes von den Folgen des demographischen Wandels verändert werden. Jedoch
137 auch in anderen sich entwickelnden Staaten sind deutlich sinkende Geburtenraten zu
138 verzeichnen. Zeitverzögert werden auch diese Länder von den Folgen des demographischen
139 Wandels erfasst. Wenn sich die deutsche Wirtschaft frühzeitig auf die Veränderung der

140 wirtschaftlichen Gegebenheiten im Inland einzustellen vermag, könnten deutsche Lösungen
141 und Erfahrungen auch in anderen Ländern genutzt werden. Um in Zukunft den finanziellen
142 Spielraum für Konsum und Ersparnisbildung zu erhalten, muss der Anstieg des Volumens der
143 sozialen Transferleistungen begrenzt und diese zum Teil in Ersparnisbildung umgelenkt
144 werden, damit vermehrt Kapital in Folge dieser höheren Ersparnisbildung in Beteiligungen
145 und somit in Investitionen an Produktionsstätten ermöglicht werden.

146

147 Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird sich, aufgrund der bereits beschriebenen Faktoren, stark
148 verändern. Bereits seit dem Jahr 2000 und weiter bis zum Jahr 2040 wird sich die
149 Erwerbsbevölkerung kontinuierlich um knapp ein Fünftel verkleinern. Engpässe bei der
150 Rekrutierung von betrieblichem Nachwuchs insbesondere im produzierenden Gewerbe, bei
151 Unternehmen im High-Tech und FuE-Bereich sowie bei technischen Dienstleistern und ein
152 erhöhtes Durchschnittsalter der Belegschaften sind die Konsequenz dieses Prozesses. Im Jahr
153 2030 werden voraussichtlich mehr als ein Viertel und im Jahr 2040 knapp ein Drittel weniger
154 Erwerbstätige in der Altersklasse 15 bis 34 Jahre dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Mit
155 einem Verzögerungseffekt schlägt diese Entwicklung bereits seit 2010 auch auf die mittlere
156 Altersgruppe der 35- bis 44-jährigen durch, die ebenfalls bis 2040 um ein Viertel (3,8
157 Millionen) abnimmt. Die Gruppe der älteren Erwerbstätigen hingegen wird bis 2020 um knapp
158 einem Viertel (4,7 Millionen) zunehmen. Immer weniger Erwerbsfähige unter 45 Jahren (-10,1
159 Millionen) stehen zukünftig immer mehr ältere Erwerbsfähige (bis 2020 4,7 Millionen)
160 gegenüber.

161 Das sich grundsätzlich ergebende Problem einer veränderten Altersstruktur der
162 Erwerbsbevölkerung wurde und wird zudem durch Faktoren wie an kurzfristigen Logiken
163 orientierte Personalpolitik (Einstellungstopps, Stellenkürzungen), jugendzentrierte
164 Unternehmenspolitiken, altersbezogener Personalabbau, sowie Arbeitsplätze, die nicht auf
165 die jeweilige Lebensphase des Arbeitnehmers angepasst werden, massiv verstärkt.

166 Dem schrumpfenden Potential an jüngeren Arbeitskräften steht außerdem ein steigender
167 Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften entgegen. Im Zuge des zunehmenden Wandels in
168 eine Dienstleistungsgesellschaft, nimmt der Anteil der unternehmensbezogenen
169 Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt immer mehr zu. Diese hoch qualifizierten
170 Dienstleistungen erfordern ebenso hochqualifizierte Arbeitskräfte. Der Bedarf an An- oder
171 Ungelernten sinkt, während der an Hochschulabsolventen steigt. Die negativen
172 Arbeitsmarkteffekte können durch Zuwanderung und Personalreserven nicht umgekehrt
173 werden.

174 Für die Unternehmen wie auch den öffentlichen Dienst ergeben sich neben dem fehlenden
175 qualifizierten Nachwuchskräften und einer alternden Belegschaften zusätzliche
176 Herausforderungen wie zum Beispiel die Entwicklung von neuen
177 Personalgewinnungsstrategien, die zunehmende Verrentung der älteren Beschäftigten und
178 der damit einhergehende Personalmangel und Know-how-Verlust.

179

180 Die Folgen der demographischen Veränderung spiegeln sich am deutlichsten und
181 unmittelbarsten in den sozialen Sicherungssystemen wieder. Weniger Beitragszahler und
182 mehr Leistungsempfänger müssen in den derzeitigen Umlagesystemen bei gleicher Leistung
183 zwangsläufig zu wesentlich höheren Beiträgen führen. Daher ist es unvermeidlich, dass
184 Leistungen gekürzt werden müssen und die Beitragsbelastung dennoch relativ hoch bleiben
185 wird.

186

187 Der demographische Wandel wird vor allem unser Gesundheitswesen vor enorme
188 Herausforderungen stellen. Im Gesundheitssystem explodieren die Kosten für ältere
189 Menschen und naturgemäß folgen dieser Entwicklung auch höhere Krankenkassenbeiträge für
190 jüngere Menschen. Wenn es mehr Ältere gibt, muss auch mit einer größeren Zahl von
191 Heimbewohnern gerechnet werden, was zu höheren Kosten für den Bau und Unterhalt von
192 Alten- und Pflegeheimen führen kann.

193 Eine immer älter werdende Gesellschaft verlangt nach einem entsprechenden System der
194 medizinischen Versorgung. Mit steigendem Lebensalter nehmen nicht allein
195 Krebserkrankungen, sondern auch Leiden wie Diabetes mellitus, Osteoporose, Schlaganfall
196 und nicht zuletzt Demenz zu. Einerseits können die Menschen mit einem langen und über
197 lange Zeit in guter Gesundheit verbrachten Leben rechnen. Andererseits benötigen aber
198 zukünftig immer mehr ältere Menschen mit chronischen Krankheiten eine gute Behandlung
199 und später auch Pflege. Das führt zu steigenden Kosten im Gesundheitswesen.

200

201 Im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel steht auch die zentrale Frage, wie
202 unsere Städte und Kommunen in Zukunft aussehen werden. Deutschland zeichnet sich zum
203 einen durch eine immer gesünder und immer älter werdende Generation aus, die länger am
204 gesellschaftlichen Leben partizipiert als es noch vor 20 Jahren der Fall war. Bei der jüngeren,
205 meist auch besser ausgebildeten Generation lässt sich seit Jahren ein Trend zur Landflucht in
206 urbane Ballungsgebiete beobachten. Hauptmotiv ist hier häufig der Beginn einer Ausbildung,
207 eines Studiums oder der Berufseinstieg. Vergreiste und verwaiste Städte und Gemeinden vor
208 allem in den Neuen Bundesländern (Leerstandsquote um die 10 Prozent), aber auch

209 zunehmend im Westen (hier vor allem das Ruhrgebiet) sind wenig attraktiv für die junge
210 Generation.

211

212 Neben dem Ruhrgebiet sind vor allem die neuen Bundesländer vom postindustriellen Wandel
213 und einer schrumpfenden Bevölkerung betroffen. Der Geburtenrückgang nach der
214 Wiedervereinigung 1989/90 hat die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern
215 maßgeblich beeinflusst.

216 Einschneidende Veränderungen, Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die
217 strukturellen Rahmenbedingungen und ein Wertewandel, in Verbindung mit einer
218 Veränderung des persönlichen Lebensstils, haben den entscheidenden Einfluss auf die
219 Verwirklichung des Kinderwunsches junger Menschen in den Neuen Ländern gehabt. Die
220 negative Sicht der persönlichen Zukunft, verursacht durch die Angst vor dem
221 Arbeitsplatzverlust, zunehmender beruflicher Stress und der Wegfall der mit einer
222 Familiengründung verbundenen Vorteile, haben dieses Verhalten unter anderem mit
223 verursacht.

224

225 Die Folgen der demographischen Entwicklung haben uns in den Kindertagesstätten, Schulen
226 und beim Wohnungsleerstand bereits erreicht.

227 Neben dem Rückgang der Geburtenzahlen ist die demographische Entwicklung der Neuen
228 Länder vor allem durch die Abwanderung der jungen qualifizierten Arbeitskräfte,
229 insbesondere junger Frauen, geprägt.

230 Die Ursachen für die Abwanderung sind vor allem die Vergütung der Arbeitsleistung, die
231 Ausbildungssituation für Kinder und Jugendliche und die Lebensqualität vor Ort. Das
232 Lohnniveau ist jedoch im Vergleich zu den allen anderen Standortfaktoren, der wichtigste. Im
233 Vergleich zum Lohnniveau vor Ort kann dabei eine Arbeitsvergütung durchaus als
234 angemessen erscheinen, die Flexibilität und Mobilität lässt es aber zu, dass gerade junge
235 Menschen ihre Heimat verlassen und in Regionen ziehen, in denen ein höherer Arbeitslohn
236 gezahlt wird.

237

238 Der demographische Aspekt, der in der Diskussion um die Zukunft der Energieversorgung
239 vielfach noch zu kurz kommt, stellt die bisher stark zentralistisch geprägte Erzeugung von
240 Energie vor große Herausforderungen. Denn eine sinkende Bevölkerung bedeutet nicht
241 zwangsläufig einen ebenso starken Rückgang des privaten Energiebedarfs in Deutschland.
242 Zwar verbrauchen weniger Menschen Energie, aber ihr Bedarf steigt aufgrund zahlreicherer
243 und größerer Wohneinheiten. Bedingt durch Landflucht und eine Zunahme der

244 Stadtbevölkerung wird sich das Bevölkerungswachstum zunehmend auf wenige
245 Ballungsräume konzentrieren, in denen sich Wirtschaft und Energieverbrauch
246 überproportional stark entwickeln. Dies führt zu einem Ungleichgewicht zwischen regionalem
247 Stromverbrauch und der bislang zentral ausgerichteten Energieerzeugung und lässt
248 Netzgebühren und Strompreise langfristig steigen.

249 Eine besondere Herausforderung stellt allerdings die regionale Verteilung des Energiebedarfs
250 dar, der in einigen Regionen ansteigen, konstant bleiben und vielfach abnehmen wird. Meist
251 im ländlichen Raum trifft eine stark abnehmende Bevölkerung und tatsächliche Reduzierung
252 des Energiebedarfs auf eine steigende dezentrale Energieerzeugung.

253 Dagegen wird in den ländlichen Regionen überproportional viel Energie erzeugt.

254

255 Auch in den Bereichen Umwelt und Landwirtschaft wird der demographische Wandel nicht
256 folgenlos bleiben. So wird sich unter anderem die Wasserwirtschaft mit massiven
257 strukturellen Veränderungen auseinandersetzen müssen. Die Landwirtschaft wird ebenso vom
258 Nachwuchsmangel betroffen sein wie die anderen Wirtschaftszweige.

259

260

Deutschland demographiefest machen!

261

262 I. Demographie und Familie

263 Es gilt Maßnahmen nachhaltiger Familienpolitik zur Bewältigung des demographischen
264 Wandels zu implementieren:

265

266 „Ja“ zu Kindern.

267 Im kinderentwöhnten Deutschland muss es uns gelingen, dass Paare wieder Vertrauen in die
268 eigene Zukunft haben und sich in Gesellschaft wiederfinden, die Familien und Kindern mit
269 Wertschätzung begegnet. So wird vielen Paaren die Entscheidung für ein Kind erleichtert.

270

271 Bedarfsgerechter und qualitätsorientierter Ausbau der Kinderbetreuung.

272 Immer mehr Eltern – vor allem Frauen - wollen oder müssen Familie und Erwerbsarbeit
273 vereinbaren. Sie haben Anspruch auf gute und verlässliche Betreuungsmöglichkeiten für ihre
274 Kinder. Es liegt im Interesse unserer Gesellschaft, dass wir den gut ausgebildeten Frauen
275 ermöglichen, in unserer älter werdenden Gesellschaft ihre Fähigkeiten auch im Erwerbsleben
276 einzubringen.

277

278 Frühe Förderung aller Kinder und Jugendlichen.

279 Wie nie zuvor sind Bildung und Ausbildung die Voraussetzung für soziale Sicherheit und
280 Teilhabe in der Gesellschaft. Eine solide Schul- und Berufsausbildung sind die beste
281 Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Voraussetzung für eigene Erwerbstätigkeit. Unsere
282 Gesellschaft braucht alle Jugendlichen. Gerade mit Blick auf die demographische Perspektive
283 dürfen wir nicht zulassen, dass viele junge Menschen – darunter viele mit
284 Migrationshintergrund – oft ohne Abschluss die Schulen verlassen.

285

286 Familienfreundliche Unternehmenspolitik durch Mitwirken der Unternehmen.

287 Eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und
288 Familie spielen die Arbeitgeber. Ebenso bedeutsam ist aber auch der Beitrag der Tarifparteien.
289 Familienfreundliche Regelungen müssen zur Selbstverständlichkeit werden.

290

291 Familienfreundlichkeit vor Ort.

292 Familienfreundliche Kommunen und Unternehmen haben bessere Chancen im
293 demographischen Wandel. Moderne Familienpolitik verwirklicht sich mehr denn je auf der

294 kommunalen Ebene. Städte müssen aus eigenem Zukunftsinteresse heraus in Familien und
295 Kinder stärker investieren. Initiativen zur Familienfreundlichkeit sind hierzu geeignete Wege.
296 Erfolgreiche Modelle der Familienunterstützung, wie z.B. Wohnen in
297 Mehrgenerationenhäusern, Familienpatenschaften für Alleinerziehende, Vermittlungsbörsen
298 für Kinderbetreuungsplätze müssen umgesetzt und gefördert werden. Städtische
299 Familienbüros als Betreuungsstellen können ein Modell sein.

300

301 **Stärkere Ausrichtung der Steuerpolitik an der Existenz von Kindern.**

302 Das Ehegattensplitting muss beibehalten werden. Artikel 6 Abs. 1 GG verbietet, die Ehe
303 gegenüber anderen Lebensgemeinschaften steuerlich schlechter zu stellen. Artikel 6 GG
304 verbürgt den Ehegatten das Recht, ihre eheliche Lebensgemeinschaft auch in wirtschaftlicher
305 Hinsicht unabhängig von staatlicher – auch steuergesetzlicher – Einflussnahme frei zu
306 gestalten. Die steuerliche Belastung darf nicht davon abhängig sein, ob und in welchem
307 Umfang beide Ehegatten erwerbstätig sind und wie sich das Einkommen auf die Ehegatten
308 verteilt. Zur Herstellung horizontaler Steuergerechtigkeit ist es daher erforderlich, die
309 wirtschaftlichen Beziehungen und Verpflichtungen innerhalb der Ehe bei der Bestimmung der
310 individuellen steuerlichen Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Diese Berücksichtigung ist
311 keine Familienförderung, sondern dient nur der Herstellung der verfassungsrechtlich
312 gebotenen horizontalen Steuergerechtigkeit zwischen Ledigen und Ehepaaren.

313

314 Erweitert sich die Ehe durch Kinder zur Familie, dann sollten die Kinder durch ein
315 Familiensplitting in die Erwerbsgemeinschaft einbezogen werden.

316

317 Zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es unabdingbar, dass
318 Kinderbetreuungskosten vollständig steuerlich abgesetzt werden können. Dies führt nicht nur
319 zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern, sondern sorgt auch
320 für mehr Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Private Haushalte und die Familie als Arbeitgeber
321 werden gestärkt, da die Anstellung von Betreuungspersonen und die Beauftragung
322 selbständiger Tageseltern steuerlich attraktiv wird. Haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten
323 die Familien und schaffen Arbeitsplätze. Eltern sollten daher Dienstleistungen vollständig
324 steuerlich absetzen können.

325

326 Bei der Anerkennung der Kindererziehungsleistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung
327 handelt es sich nicht um eine Förderung der Familien, sondern um die Vermeidung der
328 Benachteiligung von Eltern gegenüber Kinderlosen. Ein Umlageverfahren beruht als

329 Generationenvertrag auf der Bereitschaft, Kinder zu bekommen und zu erziehen, so dass auch
330 künftig Beiträge gezahlt werden können. Kinderlose entziehen sich – freiwillig oder
331 unfreiwillig – der im System implizierten Aufgabe, Kinder zu erziehen. Sie sind nur teilweise
332 an den Kosten der Kindererziehung beteiligt. Ihre Ansprüche aus dem umlagefinanzierten
333 System müssen daher geringer ausfallen als die der Eltern.

334

335 **Stärkere Beteiligung und Einbindung älterer Menschen.**

336 Dies kann durch altersgerechte Arbeitsbedingungen und angepasste Arbeitszeitmodelle,
337 durch Aufhebung bestehender Höchstaltersgrenzen im Beruf und im Ehrenamt, durch
338 bürgerschaftliches Engagement gelingen.

339

340 **Einführung einer Familienpflegezeit.**

341 In Deutschland werden mehr als 1,5 Millionen Menschen durch Angehörige und ambulante
342 Dienste zu Hause versorgt. 65 Prozent der Berufstätigen möchten ihre Angehörigen so weit
343 wie möglich selbst betreuen, stoßen dabei aber häufig noch auf große Schwierigkeiten. Die
344 Familienpflegezeit soll Betroffenen ermöglichen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren oder eine
345 Auszeit für die Pflege von Angehörigen zu nehmen, ohne allzu hohe Einkommenseinbußen
346 hinnehmen zu müssen.

347

348 **II. Zukunft der Bildung in einem Deutschland des demographischen Wandels**

349 Zweifellos muss das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich eine
350 Spitzenposition einnehmen. Ziel aller Bemühungen um Lösungen muss es also sein,
351 Deutschlands Bildungssystem sowohl in der Spitze als auch in der Breite international
352 wettbewerbsfähiger zu machen:

353

354 **Ganztagsschule fördern.**

355 Eine flächendeckende Einführung von Ganztagschulen muss in Zukunft eine bessere
356 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Auch die Ergebnisse der internationalen
357 Bildungsstudien, sprechen für das Ganztagsmodell als Lösung, denn die Leistungsprobleme an
358 deutschen Schulen liegen weniger im Spitzenbereich (Gymnasium) als vielmehr im Haupt-,
359 Real- und teilweise Gesamtschulbereich. Um unser gegliedertes Schulsystem langfristig zu
360 erhalten, ist das Modell der Ganztagschule das wichtigste Element, um eine qualitativ
361 hochwertige Ausbildung zu gewährleisten.

362

363 **Schulzusammenlegungen in „schrumpfenden“ Städten und Landkreisen.**

364 In einer alternden Gesellschaft mit immer weniger schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen
365 müssen Ressourcen gebündelt werden, um das Niveau und auch die Finanzierbarkeit der
366 Angebote weiter gewährleisten zu können. Dabei gilt es auch künftig nach dem Prinzip ‚kurze
367 Wege für kurze Beine‘ Grundschulangebote vor Ort – zum Beispiel durch Filialschulmodelle –
368 beizubehalten.

369

370 **Fachkräftemangel begegnen.**

371 Die deutsche Wirtschaft klagt schon heute über einen akuten Fachkräftemangel, der sicherlich
372 nicht nur durch Einwanderung behoben werden kann, sondern auch auf eine bessere
373 Qualifizierung der vorhandenen Bevölkerung angewiesen ist. Schüler aus sozial
374 benachteiligten Familien kommen oft über das Erlernen von Grundlagenwissen nicht hinaus
375 und erreichen folglich nie die Oberstufe. Mehr Durchlässigkeit im Schulsystem ist hier der
376 Lösungsansatz, um einem steigenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wer gut ist, muss
377 die Chance haben, die Schulform zu wechseln. Um den Fachkräftemangel speziell im
378 naturwissenschaftlichen Bereich zu kompensieren, müssen noch weitreichendere
379 Anstrengungen unternommen werden, als bisher. Offensichtlich haben die bisherigen
380 Initiativen (etwa „MINT“ oder „NaWi“ für Frauen) noch nicht genug Erfolg gezeigt und
381 bedürfen einer Evaluation. Alle bisherigen Bemühungen konnten nämlich nicht ändern, dass
382 Deutschland noch immer enormen Entwicklungsbedarf in der Rekrutierung neuer
383 Naturwissenschaftler hat, die die Basis einer Wirtschaftsnation bilden.

384

385 **III. Demographischer Wandel und Hochschule**

386 Folgende Punkte müssen zwecks einer Optimierung des deutschen Hochschulwesens
387 überdacht werden:

388

389 **Verbesserung des Übergangs von der Schule zur Ausbildung bzw. zum Studium.**

390 Schulabgängern muss durch gezielte Studien- und Ausbildungsberatung eine bessere
391 Orientierung angeboten werden. So können Ausbildungsabbrüche und Studienfachwechsel
392 vermieden werden.

393

394 **Förderung des Hochschulstudiums.**

395 Der Hochschulpakt 2020 ist ein erster Schritt, den Auswirkungen des demographischen
396 Wandels im Hochschulbereich durch eine wünschenswerte enge Zusammenarbeit von Bund
397 und Ländern zu begegnen. Als weitere Maßnahmen muss eine kurzfristige Erweiterung der
398 Studienplatzkapazitäten für die derzeit noch starken Schulabschlussjahrgänge und die auf
399 Grund des Wegfalls der Wehrpflicht zusätzlichen Studienanfänger ermöglicht werden. Des
400 Weiteren muss über eine Erweiterung des Zugangs zum Hochschulstudium nachgedacht
401 werden. Zusätzliche Potentiale für eine wissenschaftliche Ausbildung können z.B. durch eine
402 Öffnung der Hochschule für im Beruf Qualifizierte geschaffen werden.

403

404 **Entwicklung von Alleinstellungsmerkmalen.**

405 Um ihre Attraktivität für Studierwillige zu erhöhen, müssen Hochschulen ihre
406 Studienangebote regional – nachfrageorientiert weiterentwickeln und auch über eine offene
407 zeitliche Gestaltung des Studiums sowie die Einführung von Fernstudienelementen
408 nachdenken. Ein unterstützter Beginn des Masterstudiums nach vorheriger Berufstätigkeit
409 gibt Bachelorabsolventen Anreize nach beruflicher Erfahrung das Studium fortzusetzen.

410

411 **Familienfreundliche Ausgestaltung des Hochschulstudiums.**

412 Studium und Familie müssen vereinbar sein, damit gerade Akademikerinnen die Entscheidung
413 für ein Kind erleichtert wird. Dies gilt sowohl für Erststudierende, aber vor allem auch für Fort-
414 und Weiterbildungsstudiengänge.

415

416 **Einführung einer „Seniorenhochschule“.**

417 Da deutsche Hochschulen bereits heute stark überfrequentiert sind, muss evaluiert werden,
418 ob eventuell mittel- bis langfristig die Volkshochschul- und Bürgerakademieangebote weiter

419 ausgebaut werden müssen, um das begrüßenswerte Bedürfnis älterer Menschen an Bildung zu
420 kanalisieren.

421

422 **IV. Integration**

423 Die Junge Union fordert eine Integrationspolitik, die sich an folgenden zwei Prinzipien
424 orientieren soll:

425

426 **Einwanderung ja, aber.**

427 Mit spezieller Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften der in Deutschland unterbesetzten
428 Wirtschaftszweige kann die Einwanderung gezielt, zum Nutzen unseres Landes gesteuert
429 werden. Wir dürfen nicht die Probleme der Welt in unserem Sozialsystem lösen.

430

431 **Einwanderung mit Maß.**

432 Eine Gesellschaft kann nicht binnen weniger Jahre den Zuzug von Hunderttausenden oder gar
433 Millionen verkraften, wenn soziale Spannungen vermieden werden sollen. Analog zum Antrag
434 der Jungen Union Deutschlands zum 23. Parteitag der CDU in Karlsruhe fordern wir, die
435 Einführung eines bedarfsgerechten Punktesystems, das die Zuwanderung gut ausgebildeter
436 Migranten ermöglicht, in dem Zuwanderer nach ihrem potenziellen ökonomischen Beitrag
437 und nach ihrer Integrationsfähigkeit ausgewählt werden. Um insbesondere die Anwerbung
438 von Absolventen ausländischer Hochschulen für deutsche Arbeitgeber zu erleichtern, sollten
439 Einrichtungen wie die Goethe-Institute in ausländischen Schulen und Universitäten verstärkt
440 Informationen und Beratung für zuwanderungswillige Hochqualifizierte bieten.

441

442 **V. Wirtschaft**

443

444 Um einem negativen Wirtschaftswachstum und einer einem Nachlassen des
445 Produktivitätsfortschritts und der Wettbewerbsfähigkeit entgegen zu wirken, fordert die
446 Junge Union:

447

448 **Stärkere globale Verflechtung der deutschen und europäischen Wirtschaft.**

449 Um die negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des demographischen Wandels zu
450 dämpfen oder zu kompensieren. Es gilt die Tatsache zu nutzen, dass nicht alle Teile der
451 Weltwirtschaft zeitgleich demselben demographischen Wandel unterliegen. Die starke
452 Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist daher ein Schlüssel zur wirtschaftlichen
453 Bewältigung des demographischen Wandels. Daher gilt es, den Industriestandort Deutschland
454 weiter zu stärken und auch in Zukunft auf Wertschöpfung durch Produktion zu setzen. Gerade
455 angesichts des demographischen Wandels würde sich der Weg in eine reine
456 Dienstleistungsgesellschaft, wie ihn andere europäische Länder derzeit gehen, als gefährlicher
457 Trugschluss erweisen. Darüber hinaus gilt, dass sich eine Vielzahl von Dienstleistungen dort
458 am besten entwickeln, wo Nähe zur Industrie besteht.

459

460 **Globale und offene Handelspolitik.**

461 Während die deutsche Industrie verstärkt auf Forschung und Innovation und die Herstellung
462 hochwertiger Produkte setzen muss, werden im Gegenzug vermehrt Importe einfacherer
463 Güter des täglichen Gebrauchs stehen müssen. Dieses kann nur durch eine globale offene
464 Handelspolitik, die durch das Prinzip des Freihandels geprägt ist, gewährleistet werden.

465

466 **Mehr Investitionen im Ausland.**

467 Gleichzeitig muss die deutsche Wirtschaft noch stärker auf Investitionen im Ausland setzen.
468 Zum einen um die dort vorhandenen Fachkräfte zu nutzen und zum anderen, um sich dort
469 gerade die Märkte mit günstigeren Konsumentenstrukturen zu erschließen. Dabei wird es
470 insbesondere Aufgabe der Politik sein, die Internationalisierung unseres Mittelstandes zu
471 unterstützen und voran zu treiben. Gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern mit
472 günstigerer Infrastruktur können beide Seiten von einer solchen Zusammenarbeit profitieren.
473 Dieses muss die deutsche Außen- und auch Entwicklungspolitik im Auge haben.

474

475 **VI. Arbeitsmarktpolitik**

476 Arbeitgeber werden zukünftig Maßnahmen ergreifen müssen, um für den Arbeitnehmer an
477 Attraktivität zu gewinnen:

478

479 **Flexible Arbeitszeitregelungen.**

480 Die Menschen müssen in ihren individuellen Lebens-, Erwerbs- und Berufsverläufen gefördert
481 werden. Dazu gehört vor allem auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

482

483 **Verbesserung der Personalentwicklung.**

484 Die Förderung und Entwicklung von Leistungsträgern gewinnt für Unternehmen an
485 Bedeutung. Der Wandel des Arbeitsmarktes und die permanente Verkürzung der Halbwertszeit
486 von Wissen fordert einen verstärkten Einsatz vom Arbeitgeber und der
487 Arbeitnehmervertreter, die Kompetenzen der Mitarbeiter auszubauen. Auch der technische
488 und organisatorische Wandel verlangt einen anhaltenden Lernprozess. Die Unterstützung der
489 Mitarbeiter in ihrer professionellen und persönlichen Entwicklung ermöglicht außerdem,
490 Leistungs- und Kernkompetenzträger langfristig an das Unternehmen zu binden.

491

492 **Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutz.**

493 Um langfristig negative Auswirkungen der Arbeit auf den Arbeitnehmer zu verhindern,
494 müssen entsprechende Präventionsmaßnahmen angeboten werden. Gerade bei einer immer
495 älter werdenden Belegschaft ist die Verhaltensprävention (Rückenschule, Stress-Bewältigung,
496 Nichtraucherchutz) von besonderer Bedeutung.

497

498 **Zusätzliches Anwerben von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland.**

499 Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, müssen qualifizierte Fachkräfte aus dem
500 Ausland angeworben werden. Ein wichtiger Aspekt ist hier auch eine Optimierung des
501 Anerkennungsverfahrens von ausländischen Berufsabschlüssen. Das Verfahren muss nicht nur
502 transparenter gemacht werden, sondern vor allem beschleunigt werden.

503

504 **VII. Finanzpolitik**

505 Mit der Verabschiedung der von der Jungen Union geforderten Schuldenbremse im Jahr 2010
506 wurde ein erster wichtiger Schritt in Richtung verfassungsmäßige Fixierung des Sparens
507 gegangen. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist somit kein bloßes Lippenbekenntnis
508 mehr, sondern wurde mit dem Zukunftspaket erstmals konkret angegangen. Damit dessen
509 Vorgaben eingehalten werden können, muss der Schuldenabbau noch konsequenter
510 fortgesetzt werden. Denn trotz eines Schuldenberges von fast zwei Billionen Euro steigen die
511 Ausgaben des Bundes weiter. Die Junge Union fordert deshalb:

512

513 **Die Schuldenbremse konsequent umsetzen.**

514 Vor allem muss die Schuldenbremse auch – wie von einigen JU-Landesverbänden bereits
515 gefordert - in den Landesverfassungen verankert werden. Ein Entschuldungsgebot ist
516 ebenfalls einzuführen.

517

518 **Einführung eines Konsolidierungs- und Entschuldungsplans.**

519 In den kommenden Legislaturperioden muss daher strenger als bisher darauf geachtet
520 werden, dass das Geld der Steuerzahler ausschließlich für notwendige Ausgaben verwendet
521 wird. Wir brauchen nachhaltige Staatshaushalte, um der jungen Generation
522 Zukunftsperspektiven bieten zu können.

523

524 **Finanzpolitik für den Wähler nachvollziehbarer machen.**

525 Finanzpolitische Entscheidungen müssen so dargestellt werden, dass jeder Bürger diese
526 nachvollziehen kann. Dies kann zum Beispiel durch eine pro Kopf-Darstellung zusätzlicher
527 Ausgaben geschehen.

528

529 **Mehr staatliche Aufgabenkritik.**

530 Lösungsansätze müssen direkt an den Ursachen staatlicher Aufgaben gesucht werden. Dazu
531 gehören vor allem die regelmäßige Überprüfung von Staatsausgaben sowie von Subventionen
532 und die Abschaffung bzw. Umschichtung von Subventionen in Bereichen ohne
533 Zukunftsperspektive.

534

535 **Betonung der nicht-monetären Wirtschaftsförderung.**

536 Wirtschaftsförderung und Wachstumsstärkung kann zum Beispiel auch zu einem großen Teil
537 durch Bürokratieabbau und verlässliche Rahmenbedingungen sowie größere
538 Planungssicherheit für Investitionen geschehen.

539 **Reform des Länderfinanzausgleichs und des kommunalen Finanzausgleichs.**

540 Im Sinne einer echten Steuer- und Finanzautonomie der Länder und der Kommunen zur
541 Verwirklichung des Konnexitätsprinzips und von mehr Wettbewerb zwischen den Ländern,
542 müssen der Länderfinanzausgleich und der kommunale Finanzausgleich dringend reformiert
543 werden.

544

545 **Implizierte Verschuldung stärker angehen.**

546 Dies muss etwa durch mehr Kapitaldeckung in den Sozialversicherungen geschehen.

547

548 **VIII. Gesundheit und Pflege**

549 Die Junge Union fordert demographiefeste und nachhaltige Reformen in Bereichen
550 Gesundheit und Pflege:

551

552 **Stärkung und Ausweitung des effizienten Modells der privaten Krankenversicherung.**

553 Die privaten Krankenversicherungen (PKV) tragen schon heute durch Querfinanzierung zu
554 einem erheblichen Teil zur Stützung des GKV-Sektors bei. Die Rückführung staatlicher
555 Einflussnahme führt zur Stärkung des privaten Sektors, ohne die Einkommensschwachen
556 übermäßig zu belasten. Die Zunahme der Querfinanzierung liegt langfristig deutlich über den
557 Einnahmeverlusten durch die Abwanderung gut zahlender GKV-Mitglieder. Die
558 Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft beinhaltet auch im Gesundheitswesen große
559 Chancen. Die Ausdehnung der Bemessungsgrundlage ist somit abzulehnen, da hierdurch die
560 Verstaatlichung zunimmt und die Effektivität abnimmt. Die private Krankenvollversicherung
561 als zweite Säule des Krankenversicherungssystems in Deutschland muss erhalten und gestärkt
562 werden. Die Vorteile privater Versicherungen müssen bei der notwendigen
563 Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland verstärkt genutzt werden.

564

565 **Entkoppelung der Gesundheits- und Lohnkosten.**

566 Jede Beitragserhöhung bei der Krankenversicherung erhöht die Arbeitskosten. Dies muss
567 verhindert werden, um Wirtschaft und Arbeitsplätze nicht zusätzlich zu belasten. Die
568 Lohnzusatzkosten müssen stabil gehalten werden.

569

570 **Mehr Wettbewerb durch Subsidiarität und Eigenverantwortung der Versicherten.**

571 Grundlage eines funktionierenden Wettbewerbs ist die Möglichkeit der Steuerung durch den
572 Leistungsempfänger. Ein wichtiger Schritt zu Kostenbewusstsein und mehr

573 Eigenverantwortung bei der Inanspruchnahme von Leistungen ist in diesem Zusammenhang
574 die Einführung der Ausgabenerstattung mit Selbstbehalten. Die direkte Kostenbeteiligung des
575 Patienten führt zu einer marktwirtschaftlichen Steuerung der Inanspruchnahme von
576 Leistungen und Leistungserbringern. Wirtschaftlich nicht effektiv arbeitende Ärzte werden
577 seltener frequentiert. Die pauschale Vergütung über das kassenärztliche System ist
578 abzuschaffen. Die Existenzberechtigung von Kassenärztlichen Vereinigungen ist hinsichtlich
579 des Sicherstellungsauftrages und der Qualitätssicherung langfristig zu diskutieren.

580

581 **In der Pflegeversicherung sofortiger Beginn der vollständigen Umstellung auf** 582 **Kapitaldeckung.**

583 Im Gegensatz zum Umlageverfahren führt das Prinzip der Kapitaldeckung in der privaten
584 Pflegeversicherung dazu, dass jede Generation von Versicherten durch Bildung von
585 Alterungsrückstellungen frühzeitig eine Vorsorge für ihr mit dem Alter steigendes eigenes
586 Pflegerisiko bildet. Durch die kapitalgedeckte Finanzierung werden keine Finanzierungslasten
587 auf kommende Beitragszahlergenerationen verschoben. Mit den höheren Beiträgen in der
588 privaten Pflegeversicherung wird ein Kapitalstock zur Zukunftsvorsorge und Entlastung der
589 nachfolgenden Generation aufgebaut. Bislang konnten so 16,5 Milliarden Euro
590 Alterungsrückstellungen in der privaten Pflegeversicherung aufgebaut werden. Diese
591 Kapitalbildung zahlt sich in der Zukunft aus: Sie stabilisiert die Beiträge zur privaten
592 Pflegeversicherung im Alter und macht die privat Versicherten von Veränderung der
593 Altersstruktur der Bevölkerung weitgehend unabhängig.

594

595 **Anpassung der Pflegestufen.**

596 Die häusliche Pflege ermöglicht dem Pflegebedürftigen, in seinem familiären Umfeld versorgt
597 zu werden, was in der Regel vom Pflegebedürftigen gegenüber einer stationären Pflege, das
598 heißt Pflege bei Unterbringung in einem Heim oder Krankenhaus, bevorzugt wird. Um die
599 häusliche Pflege zu fördern, muss das System der Pflegestufen beziehungsweise die Kriterien
600 der Pflegebedürftigkeit überdacht werden. Es muss eine finanzielle Gleichbehandlung von
601 häuslicher Pflege durch einen Angehörigen und durch einen Pflegedienst geben. Der von den
602 Pflegekassen finanzierte Medizinische Dienst der Krankenkassen bei der Begutachtung der
603 Pflegebedürftigkeit sollte durch ein neues, unabhängiges Institut abgelöst werden.

604

605 **Vereinfachte Anmeldung ausländischer Pflegehilfskräfte.**

606 Nach verschiedenen Schätzungen beschäftigen über vier Millionen deutsche Privathaushalte
607 regelmäßig oder wiederholt eine ausländische Haushaltshilfe, zumeist zur Unterstützung in

608 der häuslichen Pflege. Insbesondere die zeitintensive Pflege von Demenzkranken ist für die
609 Angehörigen allein kaum zu bewältigen. Zum Erhalt der familieninternen Pflege muss die
610 Anmeldung einer ausländischen Pflegehilfe vereinfacht werden. Es bedarf zudem auch einer
611 Legalisierung der ausländischen Beschäftigten in Privathaushalten. Analog zum
612 österreichischen Beispiel sollte die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen durch
613 Personal aus Nicht-EU-Staaten dann legal sein, wenn die Familien eine Entlohnung zwischen
614 800 und 1.000 Euro sicherstellen sowie ein eigenes Zimmer und freie Kost anbieten. Die
615 Sozialversicherung für die Betreuungskräfte wird dann von der Pflegekasse übernommen.

616

617 **Einrichtung von Pflegestützpunkten.**

618 Zur Stärkung gesellschaftlicher und ehrenamtlicher Strukturen vor Ort und zur
619 professionellen Unterstützung für Angehörige und Personen, die Pflege in der Familie oder
620 anderen gemeinschaftlichen Modellen organisieren, sollten von Pflegestützpunkte
621 eingerichtet werden. Diese können dabei nur zweckmäßig sein, wenn sie als unabhängige
622 Beratungsstellen fungieren, die keine zusätzliche Bürokratie hervorbringen oder in
623 Konkurrenz zu bereits bestehenden Strukturen treten.

624

625 **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.**

626 Wir müssen über einen ein Anreiz für Medizinstudenten, sich für die Fachrichtung
627 Allgemeinmedizin zu entscheiden, nachdenken. Kommunen müssen frühzeitig in den Prozess
628 des Anwerbens von Mediziner eintreten, um eine ausreichende medizinische Versorgung
629 gewährleisten zu können. Ferner muss darüber nachgedacht werden, den Arzt mehr zu
630 entlasten und zum Beispiel für gewissen Hausbesuche und Routineuntersuchungen spezielles
631 medizinisches Fachpersonal statt des Arztes einzusetzen. Dazu gibt es bereits ein
632 Modelprojekt (MoNi) in Niedersachsen. Kommunen müssen außerdem in medizinische
633 Versorgungszentren und Ärztehäuser investieren. Dadurch, dass fast 60 % der Absolventen im
634 Fachbereich Medizin weiblich sind, müssen mehr Gemeinschaftspraxen mit Teilzeitmodellen
635 entstehen. Auch muss überlegt werden, dass es die Möglichkeit des "angestellte Arztes" gibt,
636 der nicht freiberuflich arbeitet, sondern in einem örtlichen Gesundheitszentrum.

637

638 **IX. Sozialversicherung und Alterssicherung**

639 Die Junge Union fordert ein langfristiges „Rentenkonzept 2050“, das von den Prinzipien der
640 Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit getragen wird. Gerade bei der Rente ist
641 langfristige Verlässlichkeit geboten.

642

643 **Keine zusätzliche Belastung des Faktors Arbeit.**

644 Grundsätzlich muss dazu übergegangen werden, die Arbeitgeberbeiträge festzuschreiben und
645 die Sozialversicherungsbeiträge vom Faktor der abhängigen Beschäftigung abzukoppeln.
646 Dabei sind alle Einkünfte zu berücksichtigen.

647

648 **Planungssicherheit in der Altersvorsorge.**

649 Gerade für die junge Generation ist die Altersvorsorge ein entscheidendes Thema. Sie muss
650 einerseits Planungssicherheit haben. Andererseits dürfen ihr nicht allein Lasten, die alle
651 Generationen betreffen, aufgebürdet werden. Wir brauchen zudem Bürokratieabbau und
652 mehr Transparenz bei der staatlichen Förderung der Altersvorsorge.

653

654 **Mehr Spielraum zur privaten Vorsorge insbesondere für junge Familien.**

655 Die private Vorsorge ist unverzichtbar. Zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ist die
656 private Altersvorsorge mittlerweile ein wichtiger Bereich. Hier kann privates Vermögen
657 aufgebaut werden, auf das man sich - im Gegensatz zur gesetzlichen Rente - verlassen kann.
658 Gerade für junge Familien müssen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, die verschiedenen
659 Modelle der privaten Altersvorsorge zu nutzen.

660

661 **Mittelfristige Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente.**

662 Das Niveau einer solchen Grundrente muss ab einer bestimmten Anzahl von Beitragsjahren
663 über dem Sozialhilfesatz liegen.

664

665 **Die konsequente Einhaltung einer demographiefesten Rentenformel.**

666 Am demographischen Faktor oder auch Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel muss
667 zwingend festgehalten werden. Dieser bewirkt, dass der Anstieg der Renten bei einer
668 Erhöhung der Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler gedämpft wird und
669 die Beitragszahler dadurch entlastet werden.

670

671 **X. Kommunalpolitik – Demographische Entwicklung**

672 Um dem demographischen Wandel kommunalpolitisch aktiv entgegen zu treten, fordert die
673 Junge Union:

674

675

676

677 **Konsolidierung öffentlicher Haushalte.**

678 Insbesondere im ländlichen Raum müssen durch eine Konsolidierung der öffentlichen
679 Haushalte wieder Entwicklungsmöglichkeiten entstehen. Städte und Gemeinden müssen
680 durch entsprechende Infrastrukturmaßnahmen und Freizeitangebote an Attraktivität
681 gewinnen.

682

683 **Vermeidung von sogenannten „Donut-Dörfern“.**

684 Die Ortszentren sind oft von leer stehenden und älteren Immobilien geprägt. Jedoch sind
685 gerade die Ortszentren das Aushängeschild einer Gemeinde. Eine attraktive
686 Ortsmitte/Innenstadt gehört unweigerlich zu einem positiven Lebensgefühl einer Region. Es
687 gilt sogenannten „Donut-Dörfer“, die im Inneren leer und am Rand durch Gewerbe- und
688 Neubaugebiete ihre Schokoladenseite haben, entgegenzuwirken.

689

690 **Interkommunale Zusammenarbeit forcieren.**

691 Keine Kommune kann alle Leistungen aus eigener Kraft anbieten. Die interkommunale
692 Zusammenarbeit wird künftig noch verstärkt zunehmen müssen. Hier sind in erster Linie die
693 Gemeinden selbst gefordert, stärker als bisher arbeitsteilig zu denken und zu handeln. Die
694 Politik sollte durch entsprechende Steuerung zudem Anreize zur interkommunalen
695 Zusammenarbeit schaffen.

696

697 **Breitbandausbau.**

698 Die Verfügbarkeit schneller Internetanschlüsse ist einer der entscheidenden
699 Standortfaktoren. Nicht nur Freiberufler und Unternehmer, sondern auch die
700 Wohnbevölkerung braucht eine leistungsstarke und flächendeckende Versorgung mit
701 Breitbandanschlüssen. Eine vernünftige Breitbandgeschwindigkeit ist gerade auch im Hinblick
702 auf die Schaffung von Heimarbeitsplätzen (Home-Office) und Work-Life-Balance-Regionen
703 ein wichtiger Baustein.

704

705

706

707 **XI. Der demographische Wandel in den Neuen Bundesländern**

708 Um die Folgen des demographischen Wandels in den Neuen Bundesländern einzudämmen,
709 fordert die Junge Union:

710

711 **Dem Imageproblem der Neuen Länder entgegenwirken.**

712 Durch gezielte Kampagnen müssen die Neuen Länder ihrem Imageproblem im Bereich
713 Lebensqualität vor Ort, Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangebote entgegenwirken.

714

715 **Handlungsstrategien für Rück- und Zuwanderung.**

716 Es müssen Handlungsstrategien der Politik und Wirtschaft in den Regionen entwickelt
717 werden, die die Förderung von Rück- und Zuwanderung - insbesondere von Fachkräften -
718 sowie die Integration der Bevölkerung vor Ort in das Gemeinwesen ermöglichen.

719

720 **Ausgewogene Wirtschaftsförderung.**

721 Neben der Weiterentwicklung der bestehenden Unternehmen und Wirtschaftsstandorte,
722 muss auch eine Förderung neuer Wirtschaftszweige, wie der Gesundheitsdienstleistung und -
723 wirtschaft erfolgen.

724

725 **Wirtschaftsfaktor Tourismus.**

726 In der älter werdenden Gesellschaft steigt der Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen.
727 Diese Tatsache wird in touristisch geprägten Regionen, aufgegriffen und auf eine Vielzahl von
728 Angeboten ausgeweitet. So wirbt zum Beispiel das „Gesundheitsland MV“ erfolgreich mit
729 Gesundheitstourismus und zielt dabei speziell auf die ältere Bevölkerung ab. Die Förderung
730 solcher Maßnahmen muss weiterhin unterstützt werden, da sie die Anziehung für Besucher
731 und Arbeitnehmer in der Region gleichermaßen steigert.

732

733 **XII. Energiepolitik**

734 Die Stadt-Land-Solidarität der Energieerzeugung/–verbrauchs wird durch die Energiewende
735 noch forciert und erfordert in erster Linie einen Um- und Ausbau der Netze zur Aufnahme der
736 dezentralen Erzeugungsleistung. Die ostdeutschen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-
737 Vorpommern und Sachsen-Anhalt sowie Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden
738 Erzeugungsüberschüsse erzielen. Ein wesentlicher Treiber in den norddeutschen Regionen ist
739 hierfür die starke Zunahme der Windenergie. Die hieraus entstehende regionale Diskrepanz
740 macht ein Hinterfragen der Standortwahl für neue Projekte sowie eine Neubewertung von
741 zentraler und dezentraler Stromerzeugung notwendig. Die Investitionen in die Netze soll über
742 die Smart Grid Technologie auch der schwankenden Verfügbarkeit Rechnung tragen.

743

744

745 **Energieversorgung langfristig planen.**

746 Deutschland darf nicht vom Exporteur zum Importeur von Strom werden. Der beschlossene
747 Ausstieg aus der Kernkraft kann also nur dann realistisch umgesetzt werden, wenn der
748 notwendige Grundbedarf durch den Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken gedeckt wird.
749 Damit die Energieversorgung künftiger Generationen sichergestellt ist, muss mit Planung und
750 Bau derartiger Kraftwerke bereits jetzt begonnen werden. Denn die bisherigen Erfahrungen
751 zeigen, dass der partielle Widerstand von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gegen große
752 Infrastrukturprojekte stärker wird und sich im Zuge dessen die Realisierungszeiten
753 verlängern.

754

755 **Konsequenzen der Energiewende offen benennen.**

756 Durch den Wegfall von Kernkraftwerken muss die Energieversorgung dezentraler organisiert
757 werden. Der Neubau großer Stromleitungen ist daher unumgänglich. Neue Stromtrassen
758 müssen bereits jetzt geplant und kommuniziert werden. Erdverkabelung als häufig genannte
759 Alternative zu großen Überlandleitungen ist wesentlich teurer, in der Umsetzung extrem
760 aufwendig und umweltschädlich. Daher ist die Politik gefordert, gerade den Menschen im
761 ländlichen Raum möglichst früh die Konsequenzen der mit der Energiewende verbundenen
762 Änderungen im Landschaftsbild deutlich zu machen. Nur so können jahrelange
763 Auseinandersetzungen wie im Fall des Kohlekraftwerks in Datteln oder Stuttgart21 bereits im
764 Vorfeld verhindert werden. Die Menschen im ländlichen Gebieten darf durch die Folgen der
765 Energiewende nicht überproportional verunsichert und belastet werden. Weitere Konsequenz
766 der Energiewende werden steigende Strompreise sein. Die Deutsche Energieagentur (Dena)
767 rechnet bei einem Atomausstieg im Zeitraum bis 2020/2025 mit einer Erhöhung der
768 Strompreise um vier bis fünf Cent je Kilowattstunde. Das wäre notwendig für den Ausbau der
769 erneuerbaren Energien, der Stromnetze und moderner Kraftwerke auf der Basis fossiler
770 Brennstoffe. Unter den gestiegenen Preisen werden nicht nur die privaten Haushalte, sondern
771 auch die deutsche Industrie leiden. Insbesondere energieintensive Unternehmen wie
772 Metallerzeuger, die Chemie- und die Papierindustrie werden dadurch einem
773 Wettbewerbsnachteil unterliegen.

774

775 **Referenztechnologien erhalten.**

776 Während die Bundesrepublik Deutschland aufgrund von Sicherheitsbedenken aus der
777 Kernenergie aussteigt, werden in Europa, aber vor allem auch weltweit, neue Kernkraftwerke
778 gebaut. Um die hohen deutschen Sicherheitsstandards und Erfahrungen im kerntechnischen
779 Bereich international einzubringen, fordert die Junge Union eine Aufrechterhaltung der

780 Kernforschung in Deutschland. Andernfalls würde die Bundesrepublik in die Rolle eines
781 ohnmächtigen Zuschauers gedrängt, was ihrer langen Tradition als Forschernation nicht
782 entspricht. Die zahlreichen deutschen Forschungsreaktoren leisten ihren Beitrag, um die
783 Sicherheit von Kernkraftwerken in allen Teilen der Welt zu gewährleisten. Darüber hinaus
784 dienen Sie als Forschungskapital und Wissensressource, falls die Energiewende nicht wie
785 vorgesehen umgesetzt werden kann.

786

787 **XIII. Infrastruktur, Umwelt und Landwirtschaft**

788 **Erhaltung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.**

789 Verkehrswege sind Lebenswege. Sie sind die Voraussetzung für Wachstum und Wettbewerb
790 in unserem Land und in Europa. Daher ist es notwendig, die Verkehrsinfrastruktur zu erhalten
791 und konsequent auszubauen. Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist es, diesen
792 Ausbau ökologisch verträglich wie nur möglich zu gestalten.

793

794 **Mehr Personen- und Transportverkehr auf die Schiene.**

795 Dies wird aber nur gelingen, wenn das Angebot der Deutschen Bahn und weiterer
796 (überwiegend regionaler) Anbieter verbessert wird. Die Politik muss dafür die
797 Rahmenbedingungen schaffen. Daher darf es nicht sein, dass Zukunftsprojekte wie „Stuttgart
798 21“ – in diesem Fall von der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg – torpediert
799 werden. Zudem wird es – auch im europäischen Wettbewerb – wichtig sein,
800 Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte zu beschleunigen.

801

802 **Weiterhin hoher Stellenwert des Individualverkehrs.**

803 Für uns steht außer Zweifel, dass der Individualverkehr wichtiger Bestandteil deutscher
804 Verkehrspolitik bleibt, insbesondere im ländlichen Raum. Deutschland bleibt auch in Zukunft
805 Auto-Land Nr. 1. Anders als Grüne und SPD führen wir keinen ideologischen Kampf gegen die
806 Autofahrer. Das bedeutet konkret, dass wir keine weiteren Hindernisse oder
807 Reglementierungen einführen, wie etwa höhere und/oder weitere direkte/indirekte Steuern
808 oder eine pauschale Begrenzung der Geschwindigkeit auf Autobahnen. Auffällige
809 Autobahnen und Bundesstraßen müssen zeitnah ertüchtigt und dem tatsächlichen Bedarf
810 angepasst werden.

811

812

813

814 **Demographiefeste Wasserwirtschaft.**

815 Zu große Abwasser-/Wasserversorgungssysteme, die einen gesteigerten Bedarf an
816 Durchspülwasser oder an Chlor erfordern, müssen durch eine sinnvolle und
817 zukunftsorientierte Planung der netzgebundenen Infrastruktur verhindert werden.
818 Insbesondere der Faktor Variabilität ist hier von großer Bedeutung. Im Rahmen der Planung
819 und Gestaltung der Systeme für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurde bislang
820 vorwiegend in Wachstumskategorien gedacht; die langfristigen Wirkungen der
821 demographischen Umbrüche wurden zu wenig berücksichtigt. Der demographische Wandel
822 und veränderte Konsummuster tragen zu einer regional unterschiedlich ausgeprägten
823 Reduktion des Wasserverbrauchs bei. Da allerdings die meisten Wasserinfrastrukturen auf
824 eine Lebensdauer von hundert Jahren ausgerichtet sind, bringt dies erhebliche Folgen mit
825 sich. Da der Anteil der Fixkosten bei ca. 80 Prozent liegt, ist für die Höhe der Wasser- und
826 Abwasserentgelte die Bevölkerungszahl ein bedeutsamer Faktor. Ein kommunales
827 Trinkwassernetz muss die Einwohner auch dann versorgen, wenn die Zahl der Nutzer
828 abnimmt. Da der Unterhaltungsaufwand des Netzes aber bei abnehmender Nutzerzahl nahezu
829 die gleichen Kosten aufwirft, steigen die Belastungen für den Einzelnen. Bei einem
830 Bevölkerungsrückgang können daher die Pro-Kopf-Kosten im Bereich der Wasserversorgung
831 und Abwasserentsorgung tendenziell zunehmen.

832

833 **Nachverdichtung statt Zersiedelung.**

834 Zukünftig muss auch auf die Nachverdichtung bereits bestehender Bebauung und die
835 Umnutzung bereits bebauter Flächen der Vorrang vor der Ausweisung neuer Siedlungs- und
836 Gewerbeflächen eingeräumt werden. Dies bringt ökonomische Vorteile mit sich, da in den
837 Innenbereichen der Kommunen die Infrastruktur bereits vorhanden ist und ohnehin
838 unterhalten werden muss.

839 **Landwirtschaftliche Sozialversicherungen zukunftsfest machen.**

840 Generell sollten Maßnahmen getroffen werden, um die hohe Bezuschussung der
841 landwirtschaftlichen Sozialversicherungen angesichts der steigenden Anzahl an
842 Rentenbeziehern und der abnehmenden Anzahl an berufstätigen Landwirten zukunftsfest
843 zu machen.

844

845 **Fachkräftemangel in der Landwirtschaft.**

846 Grundsätzlich bedarf es einer groß angelegten Werbeoffensive für den landwirtschaftlichen
847 Sektor, um der abnehmenden Zahl der Landwirte und der in der Landwirtschaft Beschäftigten

848 entgegen zu wirken, was nicht gleich zu setzen ist mit einer Subventionierung des Sektors. Die
849 Rahmenbedingungen sollten auch für Neulandwirte Anreize bergen und die Gründung neuer
850 Betriebe (z. T. auch industrialisierte Betriebe) stärker fördern, damit auch in Zukunft in allen
851 landwirtschaftlichen Bereichen - in allen Regionen – genügend Landwirte vorhanden sind, um
852 die Kulturlandschaften zu bewahren und die lebensmittel- und energietechnische
853 Grundversorgung zu sichern.

854

855 **XIV. Fazit**

856 Um den vielfältigen Anforderungen des demographischen Wandels gerecht zu werden,
857 müssen wir heute handeln. Es gilt auf der einen Seite durch entsprechende familienpolitische
858 Maßnahmen ein Klima zu schaffen, dass die Geburtenrate im besten Fall steigert und
859 zumindest dafür sorgt, dass diese nicht weiter sinkt. Hier ist insbesondere eine bessere
860 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nennen. Es muss dem Einzelnen und der Gesellschaft
861 gelingen, die widerstreitenden Anforderung des Familienlebens und der Berufswelt so
862 miteinander in Einklang zu bringen, dass junge Menschen ihrer Verantwortung bei einer
863 Familiengründung, im Arbeitsleben, für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für die
864 finanzielle Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels gerecht werden können.
865 Die Problemlage zwischen dem Wunsch nach Familiengründung und den Anforderungen einer
866 globalisierten Arbeitswelt bei einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung überschreitet die
867 Ansätze traditioneller Familienpolitik bei weitem. Der Beitrag, den Politik leisten kann, damit
868 junge Menschen dieser Herausforderung begegnen können, muss stärker als bisher auch die
869 Bedingungen beruflicher Tätigkeit sowie die globalen Rahmenbedingungen der Wirtschaft
870 berücksichtigen. Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist es von zentraler
871 Bedeutung, die Familie als gesellschaftliches Leitbild aufrechtzuerhalten und dafür zu werben,
872 in ihr die Werte zu leben, die für den Zusammenhalt in unserem Land unerlässlich sind.

873 Auf der anderen Seite muss die Politik anerkennen, dass der Prozess des demographischen
874 Wandels, der bereits vor Jahrzehnten begonnen hat, nicht mehr auf zu halten ist. Der
875 kontinuierlich gesunkenen Geburtenrate steht eine alternde Gesellschaft gegenüber, deren
876 Lebenserwartung kontinuierlich steigt. Dieser Tatsache muss in den verschiedensten
877 Politikfeldern, sowohl auf kommunaler Ebene als auch landes- und bundespolitisch
878 Rechenschaft getragen werden. Politische Entscheidungen müssen dabei nicht nur auf ihre
879 Nachhaltigkeit hin bewertet werden, sondern auch sogenannten „Demographiechecks“ stand
880 halten und auf ihre Generationenverträglichkeit geprüft werden.

881 Nur wenn heute die entsprechenden Maßnahmen ergriffen und politische Reformen
882 langfristig angelegt werden, kann verhindert werden, dass die junge Generation die Lasten
883 dieses grundlegenden strukturellen Wandlungsprozesses unserer Gesellschaft tragen muss.
884 Insbesondere ist hier eine Reform der sozialen Sicherungssysteme unerlässlich, soll vermieden
885 werden, dass diese über kurz oder lang kollabieren.

886 Die notwendige und zwangsläufige Verantwortungsgemeinschaft der Generationen muss sich
887 in der gleichberechtigten Teilhabe der Generationen an politischer Entscheidungsfindung
888 wieder finden.

889 Jung und alt müssen gemeinsam einen Beitrag leisten unsere Gesellschaft und damit auch
890 unser Land zukunftsfest zu machen. Dies wird für Deutschland eine der größten
891 Herausforderung dieses Jahrhunderts. Eine Herausforderung, der wir uns stellen und diese
892 aktiv mit gestalten werden!